

Regierungsratsbeschluss

vom 24. November 2020

Nr. 2020/1657
KR.Nr. I 0208/2020 (DBK)

Interpellation Karin Kälin (SP, Rodersdorf): Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+ Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

Das EU-Programm Erasmus+ ist ein wichtiges Programm für Bildung, Jugend und Sport. Es fördert insbesondere die Lernmobilität weltweit und in der EU für Studierende und Berufslernende. Von der Zusammenarbeit über die Grenzen mit Baden-Württemberg und dem Elsass profitieren aber auch die Universität Basel, die FHNW und die regionale forschende Industrie, indem sie auch bei der Initiative Europäische Hochschulen mitwirken können.

Die Schweiz war an diesem Programm nur 2011-2013 vollassoziert. Nun geht es für 2021-2027 darum, ob die Schweiz wieder vollassoziert sein soll. Aus Kostengründen wird das vom Bund bisher auf die lange Bank geschoben.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung des Erasmus+ Programms für unseren Kanton sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz?
2. Welchen Einfluss hat nach Ansicht des Regierungsrates der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf die Attraktivität von Erasmus+?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich allein oder in Absprache mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen beim Bund für eine Vollassoziierung beim Erasmus+ Programm einzusetzen?

Eine gleichlautende Interpellation wird in den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft sowie Basel-Stadt eingereicht.

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Zu den Fragen

3.1 Zu Frage 1

Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung des Erasmus+ Programms für unseren Kanton sowie für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz?

Wir vertreten die Haltung, dass die Schweiz sowohl bei der europäischen Bildungsmobilität (Erasmus+) als auch bei der europäischen Forschungskoooperation (Horizon Europe) 2021–2027

als vollassoziertes Programmland teilnehmen sollte, sofern dieselben regulatorischen und finanziellen Voraussetzungen wie beim laufenden Programm gelten. Für die Nordwestschweizer Kantone mit ihren bedeutenden, international ausgerichteten Bildungsinstitutionen auf der Tertiärstufe, aber auch für die Berufsbildung, ist die Möglichkeit einer umfassenden Teilnahme wichtig. Im Kanton Solothurn gilt das besonders für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW).

3.2 Zu Frage 2

Welchen Einfluss hat nach Ansicht des Regierungsrates der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union auf die Attraktivität von Erasmus+?

Noch ist nicht klar, ob und inwiefern das Vereinigte Königreich an Erasmus+ 2021–2027 wird teilnehmen können. Dies hängt von den «Brexit»-Verhandlungsergebnissen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ab. Unabhängig davon bleibt Erasmus+ für die Nordwestschweiz ein zentrales Element zur Stärkung des Bildungsstandorts in der Berufsbildung genauso wie auf der Tertiärstufe. Die grenznahe Region könnte von Kooperationsprojekten in der Berufsmobilität profitieren. Zudem würde durch die Vollassoziierung der Schweiz bei Erasmus+ auch die grenzüberschreitende EUCOR-Universität, ein Verbund von fünf Universitäten aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz (Universität Basel), entscheidend gestärkt.

3.3 Zu Frage 3

Ist der Regierungsrat bereit, sich allein oder in Absprache mit anderen Nordwestschweizer Kantonen beim Bund für eine Vollassoziierung beim Erasmus+ Programm einzusetzen?

Der Kanton Solothurn hat bereits zusammen mit den Mitgliedskantonen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK), d.h. den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura sowie den beiden assoziierten Mitgliedern Zürich und Bern, eine gemeinsame Stellungnahme zu Horizon Europe und Erasmus+ beim Bundesrat eingereicht. In ihrer Stellungnahme betont die NWRK die Wichtigkeit der beiden europäischen Programme für die Schweiz und für ihre Mitgliedskantone. Die NWRK fordert den Bundesrat darin auf, die Vollassoziierung der Schweiz an den Programmen mit der Europäischen Union zu verhandeln. Zudem äusserst die NWRK ihre Erwartung, dass auch die Finanzierungsbotschaft für eine Vollassoziierung an Erasmus+ demnächst ins Parlament überwiesen wird. Das Schreiben vom 24. September 2020 ist auf der Webseite der Nordwestschweizer Regierungskonferenz abrufbar (<https://nwrk.so.ch/>).



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departement für Bildung und Kultur (4) AN, GK, DK, DT
Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
Volksschulamt
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat